

Aus der Arbeit des Gemeinderates – Sitzung am 18.09.2023

Bürgerfrageviertelstunde

Ein Bürger bringt vor, dass im Zuge der Sanierung der Burgstraße die Anwohner von der Netze BW darüber informiert wurden, dass die Dachständer abgebaut werden. Da dies noch nicht erfolgt ist wird angefragt, ob es hier schon einen Zeitplan gibt.

BMin Burgbacher erklärte, dass hierzu bereits mit der Netze BW Kontakt aufgenommen wurde. Der Abbau der Dachständer wäre dieses Jahr jedoch nicht mehr möglich. Die Anwohner würden über die Netze BW neu informiert werden.

Es wird informiert, dass wieder Vertreter der Telekom im Gemeindegebiet mit Werbebesuchen zum Thema Glasfaser unterwegs sind. Die Telekom hat Glasfaserkabel bis in den Verteilerkasten gelegt. Von dort aus fahren sie die Gebäude mit normalem Kupferkabel an. Schade wäre es, wenn die Telekom durch solche Werbeaktionen Glasfaserinteressenten der Gemeinde abgreift.

Hierüber wird die NetCom informiert und gebeten, erneut Werbung für das Glasfasernetz der Gemeinde zu machen.

Eine weitere Wortmeldung aus dem Zuhörerraum betrifft die Kurve am Friedhof. Dort befinden sich Schachtdeckel, die zu niedrig sind und beim Überfahren sehr laut scheppern. Da es sich hier um eine Landesstraße handelt, wird BMin Burgbacher das Anliegen für den Jahresbau weiterleiten.

Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse:

Der Gemeinderat beschloss, sich an einer kommunalen Mehrheitsgesellschaft namens "Klima vernetzt" in Zusammenarbeit mit der ENBW, der VG-Gemeinden und ggf. auch der N-Region zu beteiligen. Das Hauptziel dieser neu zu gründenden Gesellschaft ist es, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von Klimazielen umzusetzen. Die ENBW plant, mit einem Leuchtturmprojekt PV-Anlagen auf einer oder zwei Flächen zu installieren und dabei den technischen und kaufmännischen Sachverstand einzubringen.

Die Bürgerschaft soll hierbei eingebunden werden, um konkrete Projekte umzusetzen. Dies könnte beispielsweise die Bildung einer Bürgergenossenschaft sein.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig das Angebot der Mittagsbetreuung wie folgt festzulegen:

Betreuung in der (Kernzeit) 7:40-12:00 Uhr	30 €/Monat
Betreuung nach dem Unterricht 11:05 -14:00 Uhr	40 €/Monat
Betreuung von 7:40 Uhr bis 14:00 Uhr	50 €/Monat
Für Alleinerziehende ermäßigt sich der monatliche Gesamtbetrag um 10 €	
Zusätzlich kann ein Mittagessen gebucht werden für	4,00 €/Tag

Bei den Monatsbeträgen handelt es sich um Beträge für einen Kalendermonat. Sie werden für die Monate Oktober bis Juli jeweils in voller Höhe erhoben, auch wenn die Betreuung durch Ferienzeiten entfällt. Für die Monate August und September wird kein Entgelt gefordert – auch wenn die Betreuung erfahrungsgemäß Mitte September beginnt.

Ausscheiden von Gemeinderat Jürgen Köhler aus dem Gemeinderat

Da Herr Köhler seinen Hauptwohnsitz nach Spaichingen verlegt hat, stellte der Gemeinderat fest, dass er nach GemO sein Bürgerrecht in Dürbheim verloren hat und somit aus dem Gemeinderat ausscheidet. Nach dem formalen Beschluss des Gemeinderates bedankte sich Bürgermeisterin Burgbacher bei Herrn Köhler für die gemeinsame Wegstrecke, welche sie in den vergangenen Jahren mit ihm gehen durfte. Sie hebt die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, sein Engagement und die gemeinsamen Projekte in seiner Zeit als Gemeinderat hervor. Seit 14 Jahren hat er diesem Gremium beigewohnt. Seit 2014 bis zum 31.12.2021 war Herr Köhler 1. Bürgermeister-Stellvertreter. Anerkennung gebührt auch seiner hohen Präsenz bei den Gemeinderatssitzungen; von insgesamt 190 Sitzungen nahm er an 171 teil. Auch Bürgermeister-Stellvertreter, Herr Heim, ergreift das Wort und bedankt sich zusätzlich für seinen Teamgeist, durch diesen er das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters 2 Jahre weiter übernommen hat, um Herrn Hug und ihn als damalige Neulinge behutsam an das Amt heranzuführen.

BMin Burgbacher überreichte Herrn Köhler ein Abschiedsgeschenk und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

(Foto einfügen)

Nachrücken von Dietrich Lagler als Gemeinderat – Festsetzung ob Hinderungsgründe gem. § 29 Abs. 5 GemO vorliegen

Herr Lagler war bei der Wahl im Mai 2019 als Ersatzperson der Dürbheimer Liste festgestellt worden. Der Gemeinderat stellte formal fest, dass keine Hinderungsgründe für das Nachrücken von Herrn Lagler vorliegen.

Verpflichtung von Herrn Dietrich Lagler als Gemeinderat gem. § 32 Abs. 1 GemO

Nach Feststellung, dass keine Hinderungsgründe für das Nachrücken in den Gemeinderat von Herrn Lagler vorliegen, verlas Herr Lagler die Verpflichtungsformel und wurde anschließend von Bürgermeisterin Burgbacher als Gemeinderat verpflichtet.

Wahl des 2. Vertreters im Gemeinsamen Ausschuss der VG Spaichingen

Nach dem Ausscheiden von Gemeinderat Jürgen Köhler sind in der Gemeinde Dürbheim zwei wichtige Wahlen erforderlich geworden:

Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss der VG Spaichingen: In dieser Funktion wird die Gemeinde Dürbheim durch die Bürgermeisterin und zwei Gemeinderäte vertreten.

In einer offenen Abstimmung wurde GR Sebastian Hug einstimmig zum Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss der VG Spaichingen gewählt. Er selbst enthielt sich der Stimme. Bürgermeisterin Burgbacher bestätigte seine Wahl.

Da GR Hug das Amt als Reihenfolgestellvertreters im Gemeinsamen Ausschuss der VG Spaichingen innehatte, war diese Position ebenfalls per Wahl neu zu bestimmen.

Ebenfalls in einer offenen Abstimmung wurde GR Dietrich Lagler einstimmig zum Reihenfolgestellvertreter im Gemeinsamen Ausschuss der VG Spaichingen gewählt, wobei er sich selbst der Stimme enthielt. Auch GR Lagler nahm die Wahl an, und die Vorsitzende gratulierte ihm.

Wahl des Reihenfolgestellvertreters im Kindergartenausschuss

Als neuer Reihenfolgestellvertreter im Kindergartenausschuss wurde GR Dietrich Lagler vorgeschlagen. In einer anschließenden offenen Abstimmung wurde GR Dietrich Lagler einstimmig gewählt, wobei er sich selbst der Stimme enthielt. Bürgermeisterin Burgbacher bestätigte seine Wahl und gratulierte ihm auch im Namen des Gemeinderates.

Überprüfung des Straßenbeleuchtungsnetzes – Ergebnis des Quick Checks und weiteres Vorgehen

Hintergrund dieser Überlegung ist die Notwendigkeit, die Sicherheit und Effizienz des Straßenbeleuchtungssystems in der Gemeinde zu gewährleisten. Die Straßenbeleuchtung spielt eine entscheidende Rolle für die Sicherheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum. Bedauerlicherweise fehlen derzeit verlässliche Unterlagen und Aufzeichnungen über den Zustand dieses Netzes in unserer Gemeinde.

Um den aktuellen Zustand genau zu erfassen, wird eine umfassende Standsicherheitsprüfung mit GPS-Aufnahmen durchgeführt. Dies ermöglicht eine genaue Bestandsaufnahme des Straßenbeleuchtungsnetzes und bildet die Grundlage für zukünftige Instandhaltungsmaßnahmen und Optimierungen.

Herr Käfer von der Netze-BW erläuterte den Gemeinderatsmitgliedern die Leistungsübersicht und den Prozess der Datenaufnahme- und Verwaltung der Straßenbeleuchtung. Die Prüfung umfasst unter anderem die Überprüfung der Standsicherheit, die Aufnahme von Daten zu Leuchtmasten und -mittel sowie die Erstellung von Schaltplänen.

Nach einer offenen Diskussion und der Beantwortung von Fragen beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Netze BW mit der GPS-Aufnahme aller Straßenleuchten inklusive Standsicherheitsprüfung zu beauftragen. Der Preis für diese Dienstleistung beträgt brutto 17.326,40 Euro und basiert auf der tatsächlichen Anzahl von Straßenleuchten, die in der Gemeinde vorhanden sind.

Bürgermeisterin Burgbacher betonte, dass es derzeit nicht um einen Betriebsführungsvertrag gehe, sondern hauptsächlich darum, eine Dokumentation der Leuchtmasten und -mittel zu erstellen und in das GeoInformationssystem (GIS) der Gemeinde zu integrieren. Die fehlende Dokumentation der Leuchtmasten sei für die Gemeinde von großer Bedeutung und sei in dem Angebot der Netze BW enthalten.

Mit der Durchführung der Standsicherheitsprüfung und Datenaufnahme könnte bereits in diesem Herbst begonnen werden.

Kommunale Wärmeplanung – Vergabe Ingenieursleistungen

Bereits in der Sitzung vom 17. Oktober 2022 hatte der Gemeinderat die Stellung eines Förderantrags zur Kommunalen Wärmeplanung befürwortet. Obwohl der Bewilligungsbescheid noch aussteht, wurde beschlossen, die Vergabe für die Planung vorzunehmen, um keine Fördermittel zu gefährden.

Die Stadt Spaichingen hat das Büro "greenventory" aus Freiburg i.Br. mit der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung beauftragt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 112.455,00 Euro, wobei die Gemeinde Dürbheim einen Eigenanteil von 12.190,70 Euro übernehmen wird. Bis zu 80% der förderfähigen Ausgaben können finanziell unterstützt werden, was bedeutet, dass der Eigenanteil der Gemeinde Dürbheim etwa 2.500 Euro beträgt.

Der Gemeinderat von Dürbheim unterstützt einstimmig die Beauftragung von "greenventory" zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung und stimmt auch dem Eigenanteil der Gemeinde in Höhe von 12.190,70 Euro zu.

Die Kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt, um die Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in unserer Gemeinde zu verbessern.

Erstellung eines Jagdkataster – Vergabe

Das Landratsamt Tuttlingen betreut die Gemeinde Dürbheim seit vielen Jahren im Bereich GIS (Geoinformationssystem). Im Jahr 2012 wurde das letzte Jagdkataster erstellt, und gemäß dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ist es alle 6 Jahre erforderlich, eine Jagdgenossenschaftsversammlung abzuhalten und das Jagdkataster zu aktualisieren. Dies dient der Erfüllung der rechtlichen Vorgaben und einer transparenten Verwaltung der Jagdgebiete.

Die Jagdgenossenschaft Dürbheim wird derzeit von einem privaten Jagdvorstand selbstverwaltet. Die Gemeinde Dürbheim hat zwei gemeinschaftliche Jagdbezirke. Im Rahmen der anstehenden Jagdgenossenschaftsversammlung, die die Neuverpachtung behandeln wird, soll die Satzung auf den neuesten Stand gebracht werden, basierend auf dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz Baden-Württemberg (JWMG).

Die Frage, ob an dem Sonderfall des Jagdvorstands festgehalten werden, oder ob die Verantwortung auf den Gemeinderat übertragen werden soll, wird diskutiert. Viele Gemeinden haben sich für die Übertragung an den Gemeinderat entschieden, um die Praktikabilität und Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Die bestehenden Jagdpachtverträge laufen zum 31. März 2024 aus und müssen erneuert werden, weshalb ein neues Jagdkataster erstellt werden muss.

Der Gemeinderat Dürbheim hat beschlossen, den Auftrag zur Erstellung des Jagdkatasters und zur Begleitung der Jagdgenossenschaftsversammlung zum Bruttopreis von 4.105,50 € an das Landratsamt Tuttlingen zu vergeben. Gleichzeitig wird die Gemeinde Dürbheim zukünftig Verwalter der Jagdgenossenschaft.

Die Jagdgenossenschaftsversammlung wird im Herbst abgehalten, damit die neue Satzung rechtzeitig für die Verpachtung im Frühjahr bereitsteht. Ziel ist es, alle Belange des JWMG, einschließlich des Jagdkatasters und der Beschlüsse, in der Satzung zu regeln.

Baugesuche

Es lagen keine Baugesuche vor.

Bekanntgaben

Der Gemeinderat war damit einverstanden, dass die Gemeinde bis Ende 2024 zur Betreuung der Flüchtlinge auf die Dienste des Integrationsmanagers zurückgreifen kann. Das Anstellungsverhältnis von Frau Stengel bei der Gemeinde Wurmlingen ist bisher bis 31.12.2023 befristet und wird bis 31.12.2024 verlängert.

Anfragen

Vom einem Gemeinderatsmitglied wird nach dem weiteren Vorgehen des Gebäudes Probststraße 18 gefragt, da derzeit Container auf dem Gelände stehen. BMin Burgbacher informiert, dass momentan das Gebäude ausgeräumt wird. Ende September soll dann der Abriss erfolgen. Da jedoch tragende Balken gerissen sind, ist beim Ausräumen Vorsicht geboten.

Weiter wird nachgefragt, ob es in Bezug eines Bolzplatzes schon weitere Informationen gäbe, da in der F-Jugend Bambini so viele Kinder wie schon lange nicht mehr zum Training kommen. Für Kinder gibt es in Ortsnähe keine Möglichkeit, sich zum Kicken zu treffen.

Es wäre bestimmt möglich, wenn dem Vorhaben eine Fläche zur Verfügung gestellt wird, diese mit überschaubarem Aufwand umzugestalten. Aus dem Gemeinderat kommt deshalb die Bitte, dieses Anliegen nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Vorsitzende informiert, dass auch sie dieses Vorhaben noch immer im Blick hat und hier auch im Hintergrund nach einem geeigneten Platz geschaut wird.

Zusätzlich wird die Frage zum Stand der zusätzlichen Fluchttreppe an der Grundschule angesprochen.

Hierzu informierte BMin Burgbacher das Gremium, dass Herr Balk (VG Spaichingen) mit einem Planungsbüro bereits im Gespräch ist.